



NIEDERSACHSEN

VORWÄRTS

JULI 2009 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

die schwere Krise wirkt sich nicht nur auf Arbeitsplätze, Wirtschaft und Finanzen aus. Nein, sie stellt auch unser gesellschaftliches Gefüge auf harte Proben. Offenkundig schlagen die Folgen von Gier, Verantwortungslosigkeit und Spekulantentum weiter Teile der internationalen Finanzwelt schwere Wunden in die Volksseele. Vielen Menschen geht das Wohlgefühl in der Gesellschaft verloren. Wir Sozialdemokraten müssen deshalb aufpassen, dass unser Ideal von der solidarischen Gesellschaft nicht den Bach herunterspült. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Kinderarmut oder geringe Wahlbeteiligung sind Symptome einer Gesellschaft, die sich entsolidarisiert. Unsere Politik steht nicht dafür, dass jeder sich selbst der Nächste ist. Im Gegenteil – soziale Gerechtigkeit ist für uns mehr als ein Schlagwort. Es heißt Kampf um Arbeitsplätze, gute Bildung für alle, gute Pflege im Alter, Starke schultern mehr als Schwache, Reiche zahlen mehr Steuern als Normalverdiener.

Euer

Garrelt Duin
Landesvorsitzender

GUTE GRÜNDE FÜR RABATZ

Selbstbestimmtes Lernen und Leben statt Leistungsdruck und Konkurrenzkampf

Von Gabriele Andretta



Farbig und phantasievoll gegen das Bildungssystem der Kaiserzeit.

Foto: lopo

10.000 in Hannover, 10.000 in Göttingen, 8.000 in Braunschweig – überall in Niedersachsen sind Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten für eine bessere Bildung auf die Straße gegangen. Studierende forderten die Abschaffung von Studiengebühren, den Ausbau von Studienplätzen und die Abschaffung der neuen Bachelor- und Master-Studiengängen in ihrer jetzigen Form und kritisierte die Verschulung des Studiums. Der Protest der Schüler richtete sich gegen das gegliederte Schulsystem und die Verkürzung der Schulzeit für das Abitur auf zwölf Jahre. Sie forderten zudem mehr Lehrkräfte und kleinere Klassen. Worum es ihnen im Kern geht, formulierten sie in ihrem bundesweiten Aufruf: »Selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck«.

Damit richtete sich ihre Proteste nicht nur gegen eine Politik, die zu wenig Geld für Schulen und Universitäten ausgibt. Sie wehrten sich auch gegen den Leitgedanken der Bildungsreform der

letzten Jahre: Danach hat sich ganz im Geiste des Lissabon- Wirtschafts- und Beschäftigungsgipfel von 2000 alles der globalen Wettbewerbsfähigkeit unterzuordnen. Was zählt ist allein die Beschäftigungsfähigkeit und Mobilität als Instrumente zur Stärkung der Standortposition in der mittlerweile globalen Konkurrenzwirtschaft.

In dieser Logik hat Ausbildung einseitig wirtschaftlichen Zwecken zu dienen. Zeitökonomie, effiziente Nutzung von Humankapital, Arbeitsmarktmobilität und Beschäftigungsfähigkeit sind die neuen Leitlinien zur Umgestaltung des Bildungssystems. Bildungs- und Lernzeiten werden zeitlich verdichtet. Die Stärkung der frühkindlichen Bildung durch frühere Einschulung, Abitur nach 12 Schuljahren wie auch kürzere Studienzeiten durch die Einführung des Bachelors sind Belege hierfür.

Doch damit nicht genug. Es wurden nicht nur die Regelstudienzeiten für die

» Wer Atomkraftwerke länger laufen lassen will, handelt schlicht verantwortungslos. «

Sigmar Gabriel (S. III)

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag.

Folge 1 (S. IV)

» Altlastensanierung nicht auf Kosten der Kommunen. «

Axel Priebes (S. VI)

Jetzt wieder im
Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Mehrzahl der Studierenden verkürzt, zukünftig sollen nur noch eine Minderheit begabter Studierender einen zweiten Studienzyklus besuchen. Der Zugang zum Masterstudium wurde streng reglementiert. Zudem sollten die Studiengänge näher an die Arbeitsmärkte herangeführt und die Zahl der Studienabbrecher reduziert werden. Es kam aber anders, das verschulte Studium produzierte noch mehr Studienabbrecher als das alte System und die Mobilität der Studierenden nahm nicht zu, sondern ab. Eine Reform der Reform ist also dringend geboten. Dabei geht es nicht darum, die neue Studienstruktur wieder abzuschaffen, sondern die Verschulung durch längere Studienzeiten und flexiblere Studienordnungen zurückzunehmen. Für vertiefte Auseinandersetzung mit Studieninhalten muss mehr Zeit zur Verfügung stehen. So war es auf einigen Transparenten auch richtig zu lesen »Die Dialektik von Adorno verträgt keine Hektik.«

Die neuen Studienstrukturen sind jedoch nur ein Problem. Der eigentliche Systemfehler unserer Bildungseinrichtungen liegt tiefer: Unsere Schulen pro-



Solidarische Mittagspause: Die SPD-Landtagsabgeordneten Frauke Heiligenstadt, Dörthe Weddige-Degenhard und Claus Peter Poppe (v.r.)

Foto: lopo

duzieren zu viele Verlierer, vor allem bei Migranten, Behinderten und sozial Benachteiligten. Jeder fünfte junge Mensch geht von der Schule ohne richtig lesen und rechnen zu können. In keinem anderen Land werden die Bildungs- und Lebenschancen eines Menschen so sehr von seiner sozialen Herkunft bestimmt. Um diese Probleme anzugehen, bedarf

es nicht halbherziger Reparaturmaßnahmen sondern grundlegender Reformen.

CDU und FDP fürchten diese wie der Teufel das Weihwasser, das zeigen die politischen Reaktionen auf den Bildungstreik. Während Gewerkschaften, SPD, Schulen und Hochschulpräsidenten Forderungen der Streikenden unterstützen, forderte die niedersächsische Junge Union hartes Durchgreifen der Polizei gegen die Demonstranten und die Bundesbildungsministerin Schavan maßregelte die Proteste der Schüler und Studenten als »gestrig«. Gestrig ist aber eine Bildungspolitik, die durch soziale Ausgrenzung versucht Privilegien der oberen Klassen zu schützen. Genau darum geht es aber denjenigen, die das gegliederte Schulsystem der Kaiserzeit verteidigen. ■



Caren Marks ist familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

ROTE LATERNE BEIM KITA-ANGEBOT

Landesregierung muss bei frühkindlicher Bildung endlich aus dem Knick kommen.

Von Caren Marks

Niedersachsen wird auch in Zukunft bundesweit die rote Laterne beim Kita-Angebot halten. Nachdem die Landesregierung lange Zeit versucht hat, die Verantwortung für den Ausbau der Kinderbetreuung auf die Kommunen und den Bund abzudrücken, schludert sie nun bei der Inanspruchnahme der Finanzmittel des Bundes.

Bislang beteiligt sich das Land nur mit einem symbolischen Anteil von fünf Prozent an den anfallenden Investitionskosten. In Kombination mit schlampiger Verwaltungsarbeit bei der Weitergabe

von Bundesmitteln bedeutet dies: Weniger Plätze für unter Dreijährige in Niedersachsen.

Gute Bildung für alle beginnt im Kita-Alter. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion dafür gesorgt, dass es ab 2013 einen Rechtsanspruch für jedes Kind auf Bildung und Betreuung vom ersten Geburtstag an gibt. Ziel ist das Recht auf Ganztagsbetreuung. Als nächste wird sich die SPD um die Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung kümmern. Dazu gehört eine bessere Personalausstattung in Krippen, Kitas und

in der Tagespflege, die bundeseinheitlich geregelt werden muss. Außerdem muss die frühkindliche Bildung in Zukunft völlig gebührenfrei sein. Auch daran wird sich der Bund beteiligen.

Die Voraussetzungen für eine angemessene Kinderbetreuung sind auf Seiten des Bundes gegeben. Jetzt ist Herr Wulff in der Verantwortung. Er muss bei der frühkindlichen Betreuung endlich aus dem Knick kommen. Das Land Niedersachsen darf die Kommunen bei der Kinderbetreuung nicht länger im Regen stehen lassen. ■

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
 Verantwortlich: Michael Rüter
 Redaktion: Lothar Pollähne,
 Katrin Reich, Sebastian Schumacher
 Anschrift: Odeonstraße 15/16
 30159 Hannover
 E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de
 Layout & Satz: Anette Gilke
 mail@AnetteGilke.de

LEHREN AUS DEM ASSE-ATOM-DEBAKEL

Wer Atomkraftwerke länger laufen lassen will, handelt einfach verantwortungslos für kommende Generationen.

Von Sigmar Gabriel



Atomare Versuchsendlagerung im suspenden Salz

Foto: BfS

Fast täglich müssen wir in den Zeitungen neue Meldungen über Versäumnisse derjenigen lesen, die früher für das Atommülllager Asse II bei Wolfenbüttel verantwortlich waren: Nicht nur, dass das Bergwerk einsturzgefährdet ist und täglich 12.000 Liter Wasser eindringen – offenbar wurden dort neben schwach und mittelradioaktiven Atommüll auch Rückstände aus Pflanzenschutzmitteln und Tierkadaver eingelagert.

Es ist allerhöchste Zeit, dass die Vorgänge um die Asse endlich aufgeklärt werden. Und deshalb begrüße ich es, dass der niedersächsische Landtag dazu einen Untersuchungsausschuss eingesetzt hat. In den nächsten Wochen und Monaten werden die Hintergründe des wohl größten Umweltskandals der Bundesrepublik so gut es geht aufgeklärt werden.

Zugleich müssen wir aber auch nach vorne schauen. Denn die Asse ist eben nicht – wie CDU und FDP glauben machen wollen – ein bedauerlicher »Betriebsunfall«. Die Asse zeigt was passieren kann, wenn die Politik sich willfährig den Interessen der Atomlobby unterwirft. Und sie macht deutlich, dass man bei der Endlagerung von Atommüll so sorgfältig wie irgend möglich vorgehen muss.

Schon im September 2006 hat das Bundesumweltministerium ein Konzept für eine transparente, ergebnisoffene Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll vorgelegt. Denn eins ist klar: Wir brauchen ein solches Endlager. Es wäre unverantwortlich, die Hinterlassenschaften der Atomindustrie einfach nach Sibirien zu karren. Wir brauchen ein Endlager, das nicht auf politischen Vorgaben fußt, sondern das nach wissenschaftlichen Kriterien als der am Besten geeignete Standort ausgewählt wurde. Leider haben sich Union und FDP verweigert. Sie wollen sich auf Gorleben festlegen, ohne Alternativen auch nur geprüft zu haben. Am lautesten nach der Verlängerung der AKW-Laufzeiten schreien die Ministerpräsidenten aus Bayern und Baden-Württemberg – sie wollen, dass in Deutschland noch mehr Atommüll produziert wird. Aber gerade die haben »njet« gesagt, als es darum ging, auch bei ihnen nach einem Standort zu

LETZTE MELDUNG

»Die Behauptung, die Asse sei ein reines Forschungsbergwerk gewesen, ist erstunken und erlogen. Jahrelang ist dort illegal eingelagert worden. Da hat eine dreiste Bande agiert.«
Sigmar Gabriel

suchen. So etwas nennt man im gewöhnlichen Leben Feigheit.

Nach der Bundestagswahl wird es für die SPD darum gehen, ein offenes Verfahren zur Endlagersuche zu starten. Länder wie die Schweiz machen uns vor, wie das geht. Außerdem wird die SPD durchsetzen, dass die Atomkonzerne an den Milliardenkosten für die Sanierung der Asse und des alten DDR-Endlagers Morsleben beteiligt werden. Denn in Morsleben ist mehr Müll aus west- denn als aus ostdeutschen AKWs eingelagert worden. Während Union und FDP wollen, dass die Steuerzahler für die Sanierung aufkommen, wollen wir einen Teil der gigantischen Gewinne der Energieversorger abschöpfen – so steht's auch im Regierungsprogramm.

Wir müssen aus dem Asse-Debakel lernen: Wer jetzt immer noch Atomkraft als »Bioenergie« verniedlicht und die alten Atomkraftwerke länger laufen lassen will, handelt schlicht verantwortungslos. ■



Sigmar Gabriel,
Bundesminister für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

» Die Asse ist kein bedauerlicher Betriebsunfall. «

Sigmar Gabriel

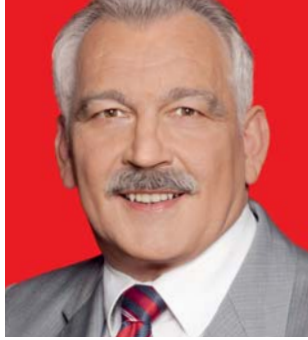


Salzbergwerk Asse: Einfahrt in's strahlende Chaos

Foto: BfS

UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN FÜR DEN BUNDESTAG

In dieser und den folgenden zwei Ausgaben des Niedersachsen-vorwärts stellen wir unsere Bundestagskandidatinnen und -kandidaten aus den Wahlkreise (WK) vor.



WK 53 | Goslar-Northeim-Osterode
Dr. Wilhelm Priesmeier
 An der Lehmkuhle 5
 37586 Dassel-Mackensen
 Telefon 05564.2009211
 wilhelm.priesmeier@wk.bundestag.de
 www.wilhelm-priesmeier.de



WK 30 | Cuxhaven-Stade II
Thurid Küber
 SPD-Geschäftsstelle Cuxhaven
 Karl-Olfers-Platz/Poststraße
 27472 Cuxhaven
 Telefon 0151.54613643, Fax 04721.52153
 info@thurid-kueber.de
 www.thurid-kueber.de



WK 26 | Leer/Nördliches Emsland
Keno Borde
 van-Dieken-Str.8
 26817 Rhauderfehn
 Telefon 04952.81876
 Keno.Borde@uni-oldenburg.de
 www.Keno-Borde.de



WK 42 | Hannover-Nord
Kerstin Tack
 Kranckestraße 1
 30161 Hannover
 Telefon 0511.669426
 Kerstin.Tack@Hannover-Rat.de
 www.kerstin-tack.de



WK 39 | Landkreis Osnabrück
Rainer Spiering
 Frankfurter Straße 122
 49214 Bad Rothenfelde
 Telefon 0541.5012088
 spd@rainer-spiering.de
 www.rainer-spiering.de



WK 38 | Lüchow-Dannenberg – Lüneburg
Hiltrud Lotze
 Barckhausenstraße 18
 21335 Lüneburg
 Telefon 04131.732222, Mobil 0170.5327756
 info@hiltrud-lotze.de
 www.hiltrud-lotze.de



WK 50 | Salzgitter – Wolfenbüttel – Vorharz
Sigmar Gabriel
 Büro WF: Bahnhof 1c, Tel. 05331-904208,
 sigmar.gabriel@wk.bundestag.de
 Büro SZ: A.d.Windmühle 2b, Tel. 05341-8598846,
 sigmar.gabriel.lt@bundestag.de
 Büro GS: Bäckerstraße 23/24, Tel. 05321-709817,
 sigmar.gabriel@wk2.bundestag.de
 www.sigmar-gabriel.de



WK 31 | Stade I – Rotenburg II
Dr. Margrit Wetzel
 Rotdornweg 14
 21640 Horneburg
 Telefon 04163.823333
 margrit.wetzel@wk.bundestag.de
 www.margritwetzel.de



WK 49 | Hildesheim
Bernhard Brinkmann
 Pfarrer-Hottenrott-Str. 23
 31174 Schellerten
 Telefon 0171.2208002
 bernhard.brinkmann@wk.bundestag.de
 www.bernhard-brinkmann.de

DIE GESUNDHEITSREFORM IST VERFASSUNGSGEMÄSS

Auch die private Krankenversicherung muss eine soziale Verantwortung übernehmen

Von Carola Reimann

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur privaten Krankenversicherung stellt eine wichtige Weichenstellung dar für das Verhältnis zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Das Gericht hat unmissverständlich klar gestellt, dass auch die Private Krankenversicherung eine soziale Verantwortung übernehmen muss. Die privaten Krankenversicherer müssen einen dauerhaften und ausreichenden Versicherungsschutz auch in sozialen Notsituationen sicherstellen.

Damit werden das Schutzbedürfnis der Versicherten und die Verantwortung der Unternehmen für ihre Kunden eindeutig höher bewertet, als die Gewinninteressen der Privaten Krankenversicherung. Auch wer bedürftig wird, z.B. weil er seine Arbeit

verliert, hat ein Recht darauf, seine private Krankenversicherung zu bezahlbaren Bedingungen behalten zu können.

Die Argumentation des Gerichts führt unmittelbar zu der Frage, ob die Private Krankenversicherung nicht auch konsequenterweise umfassend in die solidarische Finanzierung der Gesundheitsleistungen einbezogen werden muss. Unser Konzept der Bürgerversicherung sieht das vor. Schon bei der Diskussion um die Gesundheitsreform 2007 haben wir gefordert, dass die Private Krankenversicherung in den Finanzausgleich der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen werden soll. Die Union hat das damals verhindert. Das Verfassungsgericht hat unseren Forderungen wei-

teren Nachdruck verliehen. Das Urteil hat aber auch eine unmittelbare Bedeutung für die privat Krankenversicherten. Im Interesse der Versicherten ist es wichtig, dass das Verfassungsgericht alle Regelungen der Gesundheitsreform bestätigt hat, die vor allem den Versicherten zu Gute kommen. Sie können einen Basistarif wählen, den jede Private Versicherung anbieten muss. Sie dürfen dort nicht abgewiesen oder mit Risikozuschlägen belegt werden. Sie können erstmals auch zu bezahlbaren Bedingungen die Versicherung wechseln und auch der Bundeszuschuss für versicherungsfremden Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung ist als verfassungskonform bestätigt worden. ■



Dr. Carola Reimann aus Braunschweig ist gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

URLAUBSLAND NIEDERSACHSEN – ENDE DER BESCHEIDENHEIT

Niedersachsen muss sein Tourismus-Management besser ausstatten

Von Sven Ambrosy

Der Tourismus ist in Niedersachsen noch vor der Automobilindustrie der größte Arbeitgeber des Landes. Er sichert allein 312.000 nicht exportierbare Arbeitsplätze und rund 10.000 Ausbildungsplätze im Bereich der Dienstleistung. Durch ihn wird ein Brutto-Umsatz von 12,2 Milliarden Euro erzielt.

Niedersachsen hat einen hohen Attraktivitätsgrad durch die Vielfalt seiner wunderschönen Reiseregionen (Inseln und Meer, Marsch und Geest, Heide und Moor, Berge und Wälder, Flüsse und Seen, historische Kleinstädte und pulsierende Metropolen), die sich einzeln mit ihren Schwerpunkten profilieren können. Dazu bedarf es stärkerer Unterstützung durch die Landespolitik.

Vorrangig muss die Einrichtung eines eigenen Unterausschusses Tourismus durch den Niedersächsischen Landtag sein. Die Landespolitik sollte darauf achten, dass die verschiedenen Fachinteressen nicht mit der Tourismuswirtschaft kollidieren wie etwa die Sommerferienregelung. Der Tou-



Bekanntes Wahrzeichen der Nordseeküste: Der Pilsener Leuchtturm. Foto: Rico Gilke

rismusverband Niedersachsen setzt sich für eine Ausweitung des Sommerferienkorridors auf 90 Tage ein und dafür, dass die Überschneidung der

Ferienzeiten von Niedersachsen und den Hauptquellgebieten – insbesondere Nordrhein-Westfalen – eine möglichst kurze Zeitspanne umfasst.

Zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Tourismusstandortes Niedersachsen ist die Erstellung von Masterplänen in den einzelnen Regionen sinnvoll und notwendig.

Diese Forderung stellt sich besonders vor dem Hintergrund der wachsenden Wettbewerbsnachteile der niedersächsischen Reiseregionen gegenüber den neuen Bundesländern. In diesem Zusammenhang ist eine bessere finanzielle Ausstattung des Tourismus-Marketing dringend angesagt. Zur Zeit verfügt die TourismusMarketing Niedersachsen GmbH über ein Budget von lediglich 2,4 Millionen Euro.

Niedersachsen verfügt über enorme Entwicklungspotenziale. Kein anderes Bundesland kann eine solche Vielfalt an Schönheit und Angeboten vorweisen. Damit sollten wir selbstbewusst auftreten: Weg mit der Bescheidenheit! ■



Sven Ambrosy (SPD) ist Vorsitzender des Tourismusverbandes Niedersachsen e.V. und Landrat des Landkreises Friesland



Prof. Dr. Axel Prieb,
Vorsitzender der SGK-Region
Hannover, ist 1. Regionsrat
der Region Hannover
und zuständig für Umwelt,
Planung und Bauen

» Die Landesregierung muss ihre Blockade in Sachen Altlastensanierung grundsätzlich überdenken. «

Prof. Dr. Axel Prieb

LAND NIEDERSACHSEN BLOCKIERT SOLIDE ALTLASTENSANIERUNG

Kommunale und private Grundstückseigentümer dürfen nicht länger auf den Kosten der Sanierung ehemaliger Gewerbeflächen hängen bleiben.

von Axel Prieb

Die Problemlage ist in den meisten Bundesländern eine sehr ähnliche – die Lösungsansätze aber liegen meilenweit auseinander. Altlasten, von denen eine potentielle Gefahr für Mensch und Umwelt ausgehen kann, sind gewissermaßen das negative Spiegelbild der Industrialisierungsgeschichte der vergangenen 150 Jahre und ein Problem, mit dem sich nahezu jedes Bundesland, jede Region und viele Kommunen auseinandersetzen müssen.

Während aber die überwiegende Mehrzahl der Bundesländer Solidarmechanismen etabliert haben, die die finanziellen Belastungen für Altlastenerkundungen und – sanierungen auf breite Schultern verteilen und damit der kommunalen Ebene eine wirksame Unterstützung in Härtefällen anbieten, herrscht in Niedersachsen Fehlanzeige.

Insbesondere der federführende Fachminister Sander hat lange Zeit jedweden Handlungsbedarf negiert und sich hinter Förderrichtlinien der EU verschanzte. Redlich ist das nicht, weiß der Minister doch sehr genau, dass die fragliche Richtlinie lediglich bei einer freiwilligen Sanierung zur Wiederherstellung von Gewerbeflächen greift. In den zahlreichen Fällen, in denen die Bodenschutzbehörden eine Sanierung anordnen müssen, ohne dass noch ein leistungsfähiger Verursacher der Altlast herangezogen werden könnte, laufen die europäischen Bestimmungen hingegen ins Leere. In aller Regel bleiben die Kosten dann an den Kommunen oder den privaten Grundstückseigentümern hängen.



Dauerhafter Problemfall: Auch nach Jahren der Sanierung ist die Industribrache des ehemaligen Südbahnhofs in Hannover weiterhin belastet.

Foto: lopo

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Problematik und angesichts mehrerer gravierender Altlastenfälle in der Region Hannover ist die Forderung nach einem landesweiten Altlastenfonds aktueller denn je. Viele vergleichbare Fälle in ganz Niedersachsen sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum, etwa in den Harz-Flussniederungen, bedeuten gerade für kleinere Kommunen mitunter einen kaum zu bewältigenden Kraftakt. Der in diesem Zusammenhang vom Land im Rahmen des Konjunkturprogramms eingerichtete Fördertopf Altlasten ist dagegen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und ange-

sichts der knappen Finanzausstattung schon heute deutlich überzeichnet.

Politischem Druck geschuldete Ad hoc-Maßnahmen wie diese können langfristiges Handeln im Bereich der Altlastenbearbeitung nicht ersetzen. Die Landesregierung indes ist nicht bereit, ihre Blockadehaltung grundsätzlich zu überdenken. Ein Entschließungsantrag der SPD-Landtagsfraktion, in dem konkrete Vorschläge für die Entwicklung eines Solidarmodells eingefordert wurden, wurde unlängst mit schwarz-gelber Mehrheit abgelehnt. Nachhaltige Umweltpolitik sieht anders aus. ■



EISENBAHNER IN DER SPD

Eine Nachlese der Europawahlen stand im Mittelpunkt der diesjährigen Bezirkskonferenz sozialdemokratischer Eisenbahnerinnen und Eisenbahner am 20. Juni 2009 in Hannover. Deren Betriebsgruppen-Vorsitzender Konrad Nagel (links sitzend) wurde für eine weitere Periode im Amt bestätigt. Vorbereitet wurde die große Eisenbahnerkonferenz am 18. August 2009 in Braunschweig mit Sigmar Gabriel und dem TRANSNET-Vorsitzenden Alexander Kirchner. ■

TERMINE DER BEZIRKSPARTEITAGE

Der ordentliche Parteitag des SPD-Bezirks Weser-Ems findet am **Sonnabend, 29. August 2009** und **Sonntag, 30. August 2009** statt.

Tagungsort: Nordseehalle Emden. Das Hauptreferat hält Bundesarbeitsminister Olaf Scholz.

Antragsschluss und Termin für die Meldung der Delegierten ist **der 17. Juli 2009**

Weitere Informationen:
www.spd-weser-ems.de

Der ordentliche Parteitag des SPD-Bezirk Hannover findet am **Sonnabend, 31. Oktober 2009** statt.

Tagungsort: Congress Centrum Wienecke XI, Hildesheimer Straße 380, 30519 Hannover.

Antragsschluss für Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen ist der **18. September 2009**.

Weitere Informationen:
www.spd-bezirk-hannover.de

ORTSTERMIN

GARRELT DUIN IN SARSTEDT

Der Landesvorsitzende der SPD in Niedersachsen, Garrelt Duin, kam am 13. Juni nach Sarstedt und begeisterte Genossinnen und Genossen sowie Schützenfestbesucher bei einem politischen Frühschoppen, zu dem Markus Brinkmann (MdL) eingeladen hatte. Um 11.00 Uhr betrat Garrelt Duin das Festzelt und hielt ohne Umschweife eine starke Ansprache, in der er wahlkampfrelevante sozialdemokratische Positionen erklärte, über den anstehenden Bundesparteitag in Berlin informierte und so die Sarstedter SPD für den kommenden Wahlkampf einstimmte. Die SPD Sarstedt bedankt sich herzlich bei Garrelt Duin für die spontane Zusage zu dieser Veranstaltung und dafür, dass er auch bei SPD-Veranstaltungen in kleineren Städten sehr engagiert und überzeugend auftritt: ... eben ein echter Landesvorsitzender! Markus Brinkmann ist fest entschlossen, den politischen Frühschoppen in Sarstedt zu etablieren! ■



Ein Dankeschön der besonderen Art von Markus Brinkmann für den bekennenden HSV-Fan Garrelt Duin

VORWÄRTS
RÄTSEL

Darauf waren die deutschen Gewerkschaften nicht vorbereitet: Die Novemberrevolution und die Rätebewegung trafen sie in einer Umbruchphase, die durch die Brüche innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zugespitzt war. Als Ordnungsfaktor waren die Gewerkschaften angesichts der gesellschaftlichen Radikalisierung nicht mehr anzusehen. Vielen Gewerkschaftern war allerdings klar, dass das Mannheimer Abkommen mit der SPD von 1906 nicht mehr zu halten war, das eine Verständigung der beiden Zentralleitungen in wichtigen gesellschaftlichen Fragen vorschrieb. Klärung war zureigenen Positionsbestimmung unabdingbar. Vorgenommen wurde sie auf dem 10. Kongress der freien Gewerkschaften vom 30.6.–5.7.1919. Die politischen Meinungskämpfe der Arbeiter sollten nicht weiter die Stoßkraft der Gewerkschaften schwächen, die »zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats werden (sollten), um den Kampf für den Sozialismus zum Siege zu führen« hieß es in einer Resolution von Fritz Paepflow und Genossen, die der Kongress nach heftigen Diskussionen mit großer Mehrheit annahm. Damit hatten sich die Gewerkschaften als politische Kraft neu definiert. Das hatte zur Folge, dass sich die Gewerkschaften auch strukturell erneuern mussten. Am letzten Tag des Kongresses beschlossen die Delegierten daher die Gründung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wo fand der Gründungskongress statt? Zu gewinnen gibt es Michael Schneiders »Kleine Geschichte der Gewerkschaften« aus dem Dietz-Verlag. ■ lopo
vorwärts, Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Auflösung aus dem Juni-vorwärts war »Der Hessische Landbote«. Er geht an Christopher Penkuhn in Adenstedt.

VORWÄRTS KULTURGUT

SCHLOSS OHNE GESCHICHTE

Von Lothar Pollähne

Ruinen waren die Abenteuerspielplätze meiner Kindheit. Um mich herum war entweder nichts oder Gemäuerreste, die zu verlockend waren, um eventuell dort verborgene Schätze Anderen zu überlassen. Das größte aufgelassene Gebäude in Braunschweig war riesig und rußschwarz, lag mitten in der Stadt und entzweite die Stadtgesellschaft durch und durch: Das Residenzschloss. Wer sich dort hineintrauete, brauchte keine weiteren Mutproben zu bestehen.

Nach jahrelangen Diskussionen wurde das Symbol feudaler Pracht 1960 geschleift. Der sozialdemokratisch dominierte Rat der Stadt Braunschweig hatte schließlich alle Alternativen zum Abriss verworfen und die Bagger rollten an. Es dauerte lange, bis die Reste des einstmaligen Prachtbaus verschwunden waren, damit am selben Ort ein Volkspark errichtet werden konnte. Die Einfriedung des Parkareals hat Generationen von jungen Menschen zur Mauerschau gedient.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben das Schloss immer mit Argwohn betrachtet, selbst als es schon seit Jahrzehnten verschwunden war. Nachdem die feudalen Herren 1918 vom Arbeiter- und Soldatenrat verjagt worden waren, gelang es bis 1933 nicht, das Schloss



Das Königliche Residenzschloss in Braunschweig 1893.

Foto: Mit freundlicher Genehmigung des Stadtarchivs Braunschweig

zum Volkshaus auszubauen. Die Nazis requirierten das Gebäude schließlich, um den SS-Führungsnachwuchs dort auszubilden. Viele demokratische Menschen mussten leiden. Im Schloss wurde gefoltert und gemordet.

Der Hass vieler Menschen auf den bedrohlich wirkenden Ruinenklotz war nachvollziehbar. Wer möchte schon gerne seine ehemalige Folterstätte sehen? Genußtragung trat allerdings nach der Entfernung der Schlossruine nicht ein, denn wo einstmals der Prachtbau des Schinkel-Schülers Carl Theodor Ottmer gestanden hatte, befand sich nun eine überdimensionierte

Freifläche, ein städtebauliches Nichts.

Seit 2007 befindet sich am jahrzehntelang umstrittenen Ort ein Etwas: Eine in ihrer Beliebigkeit austauschbare Shopping-Mall, der zur Hauptstraße hin ein Nachbau der Ottmerschen Schlossfassade vorgehängt worden ist. Wieder hatten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zum Sturm auf dieses Schloss geblasen. Ohne Erfolg. Daseinstmals als Volkshaus gedachte Gemäuer ist auferstanden aus Ruinen als Konsumtempel für die Massen, als Schloss ohne Geschichte. ■

Georg Wagner-Kyora, Schloss ohne Geschichte, vorwärts buch, Berlin, 2008, 287 S., 19,95

SOZIALKONFERENZ
»ARMUT BEKÄMPFEN«

Die SPD im Bezirk Braunschweig hat das Thema »Entwicklung der Armut in Deutschland« aufgegriffen. Gemeinsam mit dem DGB und dem Bezirk Braunschweig der Arbeiterwohlfahrt führte sie deshalb am 22. Juni ihre 1. Sozialkonferenz mit dem Thema »Armut bekämpfen« durch. Die Veranstaltung war mit 150 TeilnehmerInnen sehr gut besucht. Vorgestellt wurden zwei Studien über die Entwicklung und die Auswirkungen der Armut, insbesondere auch der Kinderarmut. In einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der SPD, der AWO und des DGB sowie einer Vertreterin des Landesverbandes der Tafeln und zwei Kommunalpolitikern wurden die verschiedenen Aspekte der Ursachen und der Bekämpfung von Armut diskutiert. ■

AUF SPUR
BLEIBEN

DGB Sommer-Radtour für den Mindestlohn

Vom 10. bis zum 24. Juli 2009 veranstaltet der DGB seine »Tour de Mindestlohn«. Sie führt von Lingen im Emsland über Emden und Varel nach Stade. Kurz vor der Bundestagswahl verstärkt der DGB die Forderung nach einer Lohnuntergrenze und macht die Menschen auf die unwürdigen Arbeitsbedingungen für viele Kolleginnen und Kollegen im Lande aufmerksam. Den Startschuss in Lingen gibt der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Franz-Josef Möllenberg. Zum Abschluss in Stade verleiht der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frank Bsirske den abgestampelten Mindestlohn-Aktivisten das Tourtrikot. ■

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.mindestlohn.de